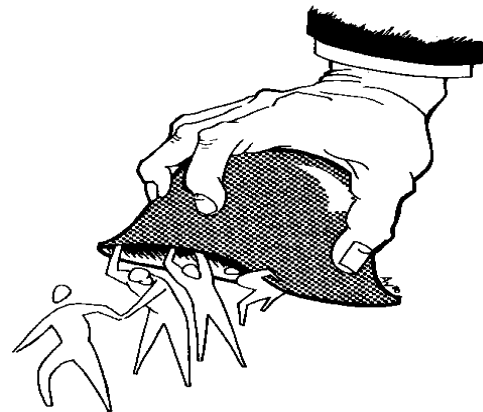


Mitgliederrundbrief

Mit uns gegen die Wehrpflicht e.V.



Kopenhagener Str. 71 · 10437 Berlin · 0 30 / 44 01 30-28 · Fax 0 30 / 44 01 30-29 · mit_uns@Kampagne.de
Nr. 4 / November 2004

Liebe Freundinnen und Freunde,

kürzlich hatten wir zur Mitgliederversammlung eingeladen. Heute die Ergebnisse: Wenn alles klappt, heißt der Absender unserer Briefe bald Arbeitsstelle Abrüstung und Frieden. Wehrpflicht und Rechte von Wehrpflichtigen bleiben wichtige Schwerpunkte. Deshalb fügen wir auch diesmal einen praktischen Teil für Gediente und Ungediente an, die aufgrund der neuen Gesetze „frei“ sein können und dies auch wirklich werden sollten!

Friedliche Grüße aus dem Büro ◀

Inhalt

Neue Satzung, neuer Name, mehr Aufgaben · Information für Wehrpflichtige · Aufruf: "Schafft die Wehrpflicht ab. Jetzt!" ◀

Neue Satzung, neuer Name, mehr Aufgaben. Veränderungen im Verein

Am 5. November fand die Mitgliederversammlung statt, bei der wir über die künftige Satzung des Vereins und den neuen Namen entschieden haben. Zunächst einmal herzlichen Dank an alle, die im Vorfeld daran mitgearbeitet haben.

Die Satzung

Die neue Satzung wurde bereits mit dem letzten Rundbrief verschickt. Trotzdem noch einmal das Wichtigste in Kürze: Es wird Aufgabe des Vereins bleiben, Kriegsdienstverweigerer über ihre Rechte zu informieren und die Wehrpflicht als Zwangsdienst in Frage zu stellen. Die Abschaffung der Wehrpflicht bleibt unser Ziel, weil sie nach wie vor ein Mittel ist, die Gesellschaft zu militarisieren und für die Bedürfnisse des Militärs zuzurichten. Die Abschaffung der Wehrpflicht ist ein Schritt zur Abrüstung der Gesellschaft! In den Vordergrund der neuen Satzung stellen wir zudem die Förderung der Bildung in den Bereichen des Friedens, der Abrüstung, der Völkerverständigung sowie der friedlichen und gerechten internationalen Zusammenarbeit. Der Verein fördert die Toleranz auf allen Gebieten der Politik und Kultur sowie die friedliche Zusammenarbeit zwischen den Menschen und Völkern. Das heißt: Wir werden in Zukunft den Teil der Arbeit ausbauen, in dem es um generelle Militärcritik geht.

Der Name: Arbeitsstelle Frieden und Abrüstung

Dieser Name, der auch in unseren Ohren recht allumfassend klingt, wurde in mehreren Sitzungen aus zahlreichen Vorschlägen herausgearbeitet. „Arbeitsstelle“ signalisiert, dass wir inhaltlich arbeiten und die Ergebnisse auch publizieren werden. Der Verein wird für Frieden und Abrüstung tätig; darüber hinaus sind auch die Wege, zu Frieden und Abrüstung zu gelangen, Gegenstand der kritischen Betrachtung. Die Abschaffung der Wehrpflicht gehört mit in das Spektrum dieser Themen.

Das Prozedere

Die beschlossene Satzung wurde schon beim Notar beglaubigt und mit den Unterschriften der Vorsitzenden ans Amtsgericht geleitet, um ins Vereinsregister eingetragen zu werden. Außerdem wird sie ans Finanzamt für Körperschaften geschickt, das entscheidet, ob wir die vollständige Gemeinnützigkeit erhalten können.

Layout: Kreativität gesucht

Damit ist es nicht getan. Das liebegeordnete, etwas verstaubte Logo von Mit uns gegen die Wehrpflicht würde zwar „irgendwie“ zur neuen Satzung passen – ein neues Logo jedoch wäre besser. Hier also der Aufruf an alle, die gestalten können: Bewegt die grauen Zellen und geschickten Finger und versucht euch an einem schicken Logo. Ein Schriftlogo ist genauso willkommen wie ein Symbol, das sich jenseits der einst schönen, doch mittlerweile abgegriffenen Bilder von zerbrochenen Gewehren und Tauben im Flug bewegen könnte. ◀

Information für Wehrpflichtige: Ihr könnt frei sein, wenn...

Durch die neuen Wehrpflichtregelungen sind Männer unter Umständen von der „Leistung eines Dienstes aufgrund der Wehrpflicht“ befreit, speziell Verheiratete, Männer, die in eingetragener Partnerschaft leben, sowie Väter mit (Teil-)Sorge-recht. Für Unverheiratete und Kinderlose Anfang 20 mag diese Regelung zunächst nicht revolutionär klingen – in ihrer Konsequenz ist sie eine (weitere) Art des Staats, sich von der Wehrpflicht loszusagen. Ungediente und entlassene Mannschaftssoldaten sind bis zum 45. Lebensjahr wehrpflichtig, im Verteidigungsfall sogar bis zum Ende des Jahres, in

dem der Wehrpflichtige 60 wird. Wenn die Bundeswehr auf alle Verheirateten, Verpartnerten und Väter zwischen 18 und 45 (bzw. 60) verzichten kann, ist damit die Wehrpflicht als Ganzes tangiert. Denn wenn diese Männer zur „Verteidigung der Heimat“ nicht notwendig sind, wird damit auch von offizieller Seite eingestanden, dass es keine militärische Bedrohung gibt. Wozu dann noch Armee und Wehrpflicht?

Die Befreiung muss bei der zuständigen Einberufungsbehörde beantragt werden. Anerkannte KDVer werden durch das BAZ vom Zivildienst, alle übrigen durch das jeweilige KWEA vom Wehrdienst befreit. Diesen Antrag zu stellen, bedeutet nicht nur, dass der Wehrpflichtige sich selbst etwas Gutes tut. Es bedeutet auch einen konkreten Schritt zur Abschaffung der Wehrpflicht, denn jeder, der sich auf diese Weise aus dem Zwangssystem Wehrpflicht entfernt, macht die allgemeine Wehrpflicht weiter unglaubwürdig.

Ein Musterbrief kann bei uns erfragt werden.
Download hier: www.kampagne.de/Verein.php ◀

24 Verbände haben am 6.11.2004 die Aufforderung an die SPD "Schafft die Wehrpflicht ab. Jetzt!" beschlossen: Sie stellen fest, dass "es für das Festhalten an der Wehrpflicht keine Begründung (mehr) gibt". Weder legitimierte der Zivildienst die Wehrpflicht noch könne diese die demokratische Kontrolle des Militärs garantieren. Die Wehrpflicht hemme den Ausbau nichtmilitärischer Alternativen zur Regelung von Konflikten. Wir haben am Aufruf mitgearbeitet und sind Mitunterzeichner.

Aufruf: "Schafft die Wehrpflicht ab. Jetzt!"

Am 13. November will die SPD auf einem Fachkongress über die Zukunft der Wehrpflicht beraten, um im nächsten Jahr eine Grundlage für eine Beschlussfassung auf ihrem Parteitag zu haben. Damit rückt die SPD von der bisherigen starren Pro-Wehrpflicht-Position ab:

Die allgemeine Wehrpflicht ist bloß noch Fassade:

Von 415.000 jungen Männern, die jedes Jahr ins wehrpflichtige Alter kommen, werden zukünftig nur noch 55.000 zum Grundwehrdienst einberufen (darunter 15.000 als freiwillig Wehrdienstleistende). Im gleichen Umfang - heute noch deutlich mehr - sollen Kriegsdienstverweigerer zum Zivildienst einberufen werden, alle Anderen müssen keinen Dienst leisten. Damit ist die Wehrpflicht Willkür und verstößt gegen den Gleichheitsgrundsatz der Verfassung. Aus Artikel 3 Grundgesetz hat das Verfassungsgericht die "Wehrgerechtigkeit" als Grundvoraussetzung der Wehrpflicht abgeleitet.

Die allgemeine Wehrpflicht ist eine nicht zu rechtfertigende Zwangsmaßnahme:

Deutschland ist von Freunden "umzingelt", die meisten Nachbar- und Partnerstaaten haben die Wehrpflicht bereits abgeschafft oder dies angekündigt. Ein so massiver Eingriff in die Freiheitsrechte junger Männer wie die Wehrpflicht müsste im Kern mit einer dringenden sicherheitspolitischen Notwendigkeit begründet werden können. Eine solche existiert nicht.

Der Zivildienst taugt nicht als Begründung für ein Festhalten an der Wehrpflicht:

Der Zivildienst ist Teil der Wehrpflicht und ist verfassungsrechtlich ein Ersatz für den Wehrdienst. Seine Legitimation leitet sich ausschließlich aus der Wehr-

pflcht ab. Es gibt keine aus der Praxis des Zivildienstes heraus abgeleitete rechtliche Legitimation. Ohnehin ist mit Wegfall des Zivildienstes der vielzitierte "Notstand" nicht zu erwarten. Obwohl in den letzten Jahren die Zahl der besetzten Zivildienststellen halbiert wurde, hat sich die soziale Versorgung nicht verschlechtert - die sozialen Dienstleistungen werden durch reguläre Arbeitskräfte wahrgenommen, Zivildienstplätze wurden in Ausbildungsplätze umgewandelt, freiwilliges Engagement wurde gefördert. Der Bericht der Kommission "Impulse für die Zivilgesellschaft" erteilt Pflichtdienstplänen eine wohlbegründete Absage und empfiehlt, freiwilliges Engagement umfassend zu fördern.

Die Wehrpflicht ist kein geeignetes Mittel für demokratische Kontrolle von Militär:

Die historischen Erfahrungen zeigen eindeutig: Wehrpflichtige tragen nicht zu einer Zivilisierung im Sinne einer gesellschaftlichen Kontrolle des Militärs bei. Vielmehr wird das Militärische über die Wehrpflicht in die Gesellschaft hinein getragen. Ohnedies wäre es absurd zu glauben, dass 30.000 Grundwehrdienstleistende 220.000 freiwillige Zeit- und Berufssoldaten "kontrollieren" könnten. Um die Entwicklung der Bundeswehr zu einem "Staat im Staate" zu verhindern, bedarf es einer strikten parlamentarischen und gesellschaftlichen Kontrolle, einer richtigen Personalauswahl und einem Klima in den Streitkräften, in dem Zivilcourage und gesellschaftliches Verantwortungsbewusstsein gefördert werden.

Das Konzept der "Inneren Führung", das den mündigen "Bürger in Uniform" fordert, soll vor alten Fehlern schützen, diente doch die Wehrpflicht im Laufe der Zeit vor allem dem Zweck, Massenheere zu rekrutieren und gehorsame Soldaten hervorzubringen.

Die Wehrpflicht hemmt den Ausbau von nichtmilitärischen Alternativen. Die Friedens- und sicherheitspolitische Lage und die Bündnisverpflichtungen Deutschlands erfordern keine Wehrpflicht. Umso mehr sollen junge Menschen, statt zum Umgang mit Waffen verpflichtet zu werden, bei uns wie überall angeregt werden, sich für zivile, gewaltfreie Regelung von Konflikten zu engagieren.

Als Mitgliedsverbände der Zentralstelle KDV haben wir unterschiedliche Grundsatzpositionen zum Militär. Einig sind wir uns aber darin, dass es für das Festhalten an der Wehrpflicht keine Begründung (mehr) gibt. Deshalb fordern wir von der SPD: "Schafft die Wehrpflicht ab. Jetzt!"
Berlin, 6. November 2004

Unterzeichner: Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden, Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend, Deutsche Friedensgesellschaft-Internationale der Kriegsdienstgegner, Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen e.V., Deutscher Bundesjugendring, DGB-Jugend, Deutsches Mennonitisches Friedenskomitee, EIRENE-Internationaler Christlicher Friedensdienst e.V., Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer, Evangelische Jugend Thüringen, Evangelische StudentInnengemeinde in der Bundesrepublik Deutschland, Grüne Jugend, Internationale der Kriegsdienstgegner e.V., Internationaler Versöhnungsbund-Deutscher Zweig, Jungsozialisten in der SPD, Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär, Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V., Mit uns gegen die Wehrpflicht e.V., Pax Christi, Religiöse Gesellschaft der Freunde (Quäker), Republikanischer Anwaltinnen- und Anwälteverein e.V., Selbstorganisation der Zivildienstleistenden, Service Civil International-Deutscher Zweig, Sozialistische Jugend Deutschlands-Die Falken. ◀

V.i.S.d.P. für diesen Rundbrief: Michael Behrendt